

Studienkurs Politikwissenschaft

Grundbegriffe der Politik

Bearbeitet von
Von: Martin Schwarz, Karl-Heinz Breier, Peter Nitschke

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2017. Taschenbuch. 246 S. Softcover
ISBN 978 3 8487 4197 7

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft
Allgemein](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Schwarz | Breier | Nitschke

Grundbegriffe der Politik

33 zentrale Politikbegriffe zum Einstieg

2. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft an
Universitäten und Fachhochschulen

Martin Schwarz | Karl-Heinz Breier
Peter Nitschke

Grundbegriffe der Politik

33 zentrale Politikbegriffe zum Einstieg

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4197-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-8834-5 (ePDF)

2. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Aufgrund langjähriger Erfahrung in der Vermittlung der grundlegenden Themen und Fragestellungen in der Politikwissenschaft haben sich insbesondere bei den Einführungsveranstaltungen für Studierende im ersten Semester die Darstellung und Verarbeitung der zentralen Begrifflichkeiten als das große hermeneutische Problem ergeben. Politik kann nur wirklich begriffen werden, wenn die Grundbegriffe klar und verständlich angezeigt sind. Dies gilt sowohl für die theoretische, mehr noch aber für die praktische Perspektive. Da die bisher auf dem Markt befindlichen Lehrbücher hier nicht wirklich zielführend für die Vermittlung sind, weil sie meist nur ganz bestimmte staatszentrierte Schlüsselbegriffe anzeigen und oft sehr spezifisch aus ganz unterschiedlichen theoretischen wie methodologischen Richtungen heraus geschrieben worden sind, haben sich die drei Verfasser im nunmehr vorliegenden Werk auf ein konzeptionelles Leitbild geeinigt. Dieses folgt einem einheitlichen Präsentationsschema, welches insbesondere den immanenten Sachzusammenhängen zwischen den einzelnen Grundbegriffen der Politik verpflichtet ist.

Martin Schwarz, Karl-Heinz Breier, Peter Nitschke

Vechta, im August 2015.

Vorwort zur Zweiten Auflage

Aufgrund des sehr erfreulichen Zuspruchs, den die *Grundbegriffe der Politik* unter Studierenden und in der Fachwelt der Politikwissenschaft gefunden haben, ist der Verlag an uns herangetreten, eine zweite Auflage auf den Markt zu bringen. Diese erfolgt nun in der vorliegenden Fassung, bei der in den einzelnen Beiträgen verschiedentlich sprachliche Korrekturen vorgenommen worden sind und vor allem Modifikationen, was die Anzeige aktueller Fachliteratur betrifft. Darüber hinaus ist das Spektrum der Grundbegriffe von 30 auf 33 Begriffe erweitert worden. Die drei hinzugefügten Begriffe (Bürger, Political Correctness und Sicherheit) erweitern und vertiefen das systematische Verstehen auch unter Aktualitätsaspekten.

Martin Schwarz, Karl-Heinz Breier, Peter Nitschke

Vechta, im Juli 2017.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik	9
Bürger	19
Demokratie	27
Freiheit	33
Frieden	39
Gemeinwohl	45
Gerechtigkeit	51
Gesellschaftsvertrag	57
Globalisierung	63
Herrschaft	69
Ideologie	75
Imperium	81
Integration	87
Interesse	93
Korruption	99
Krieg	105
Kultur	111
Macht	119
Menschenrechte	125
Nation	133
Öffentlichkeit	139
Political Correctness	145
Politik	151
Rechtsstaat	159
Reform	165

Inhaltsverzeichnis

Regierung	171
Repräsentation	177
Republik	183
Revolution	189
Sicherheit	195
Souveränität	201
Staat	207
Terror	213
Utopie	219
Verzeichnis der Klassiker	225
Autoren	231
Personenregister	233
Stichwortregister	237

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

I. *Grundbegriffe* sind so etwas wie die Richtschnur des Denkens, in und mit der sich eine Wissenschaft selbst darstellt und vermitteln lässt. Begrifflichkeiten, die auf das Grundlegende einer wissenschaftlichen Disziplin abzielen, präsentieren nicht nur die zentralen Sachverhalte und die ihr immanent zugrundeliegenden Fragen, sondern auch das methodische Denken, also die Art und Weise, *wie* darüber reflektiert und diskutiert wird. Grundbegriffe werden demnach geprägt von der wissenschaftlichen Terminologie, der Bezeichnung der Fachausdrücke sowie von ihrer operativen Verwendung her, also der Frage, wo und in welchem Zusammenhang sie eingesetzt werden können. Das gilt wie für alle Wissenschaften, so auch für die Politikwissenschaft. Jedoch hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Politik das schwerwiegende Manko, dass sich das Verständnis von und über *Politik* nicht gleichsam von selbst ergibt, sondern in einem mehrdimensionalen Deutungsraum von Zeichen, Faktoren und Interpretationsmustern eingelagert ist. Politik und politische Sachfragen unterliegen immer der Deutung und der Interpretation, weswegen sich die politische Realität mit einer etwa monokausalen Faktorenanalyse nur schwer abbilden lässt. Politik ist das Strittige, das noch nicht Entschiedene, das angesichts ständig wechselnder Situationen entschieden werden muss. Insofern ist die jeder Politik zugrundeliegende normative Fundierung selbst Teil der Politik, die angesichts der vielfältigen und oft konträren Deutungen politischer Realität auf multidimensionale Erklärungen, Verstehensmuster und Interpretationen verweist.

Politik unterliegt der Mehrdeutigkeit, sie ist auch von der Art und Weise, Politik überhaupt wahrzunehmen, abhängig. Allzu oft kommt es auf die jeweilige Perspektive und Betrachtungsweise an, und es sind die jeweils verwandten Begrifflichkeiten, die den terminologischen Zugang zur Sache anzeigen. Politik vollzieht sich im Medium der Sprache, und die jeweiligen Interpretationsvarianten, die in einer Gesamtschau z.T. dysfunktional oder gar paradox wirken können, eröffnen den Verstehenshorizont auf politische Phänomene. Deshalb sind Grundbegriffe für die Politik so wichtig, vermitteln diese doch so etwas wie den Basiskode des Verstehens, worum es in der Politik überhaupt geht oder gehen soll. Dieser Basiskode ist umso stringenter und nachhaltiger, wie er über Zeiten und Räume hinweg bestimmten normativen und analytischen Diskursen verpflichtet ist. Zwar sind diese Diskurse selbst alles andere als einheitlich oder linear verlaufend, dennoch vermitteln sie in ihren oft über Jahrhunderte gewachsenen Betrachtungsformen anschauliches Argumentationsmaterial, worum es in der Politik geht. Nicht zufällig adressieren die meisten der hier präsentierten Grundbegriffe ihren analytischen Ausgangspunkt sowohl terminologisch wie inhaltlich in der europäischen Antike.

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

II. Dieser Sachverhalt zeigt sich auch an der Genese des Faches, das – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – stets aus Argumentationslinien zusammengesetzt war, die heutzutage in ganz verschiedenen Fächern beheimatet sind.¹ Begründungen von und für die *Politik* finden sich u.a. in der Geschichtswissenschaft, der Staatsrechtslehre, der Verfassungsgeschichte, der Philosophie, aber auch der Theologie, modern in der Soziologie, den Sozialwissenschaften im Allgemeinen, der Ökonomie im Besonderen und neueren Datums auch in den Kulturwissenschaften. Das hat zu einer Reihe von Überschneidungen in den Interpretamenten geführt, nicht selten jedoch auch zu massiven Absetzbewegungen in der Zuordnung und Spezifikation der *politischen* Grundbegriffe. Die Frage *Was ist Politik?* ist daher nicht zufällig davon abhängig, mit welchen zentralen Begriffen und Kategorien man sich das Politische erschließt.² Darüber hinaus ist eine kontextgebundene Verwendung von Begriffen immer auch von der Intention des Interpreten und seines geistigen Umfeldes abhängig.³ Angesichts dieser begriffsgeschichtlichen Eigenart, die sich bis in die durch den Bachelor geprägten Curricula an den Universitäten niederschlägt, scheint es sinnvoll, an eine Tradition anzuknüpfen, die im Grunde bis in die Zeit der Policy- und Kameralwissenschaften, also bis in das 18. Jahrhundert, zurückreicht und im *Conversations-Lexicon* (1796–1808) von Löbel und Franke eines der ersten Beispiele findet.⁴ Anders als das ältere, 1704 erstmals erschienene, *Reale Staats-, Zeitungs- und Conversations-Lexicon*, und ganz ähnlich wie das *Termineologietechnische Wörterbuch* von 1799, steht dieses als Enzyklopädie in der Tradition des französischen Philosophen und Literaten Denis Diderot,⁵ womit sich ein tiefgreifender Wandel in der Wahrnehmung von politischen Schlüsselbegriffen abzuzeichnen beginnt. Während die wesentlichen Termini im europäischen Kulturkreis und in dessen außereuropäischer Einflusszone seit der griechischen und römischen Antike in ihrer formalen Konstanz Bestand haben und zugleich als Indikatoren wie Faktoren politischer Entwicklung gelten, kommt es am Übergang vom Absolutismus zur Aufklärung zu einer überaus bemerkenswerten inhaltlichen Erweite-

1 Vgl. hier grundsätzlich Wilhelm Bleek (2001): *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München.

2 Vgl. hier u.a. Paul Kevenhörster (2003): *Politikwissenschaft*. Bd. 1 – Entscheidungen und Strukturen der Politik. 2. Aufl. Opladen. Thomas Meyer (2006): *Was ist Politik?* Wiesbaden. Anton Pelinka / Johannes Varwick (2010): *Grundzüge der Politikwissenschaft*. 2., bearb. u. ergänzte Aufl. Wien/Köln/Weimar. Peter Nitschke (2012): *Einführung in die Politikwissenschaft*. Darmstadt.

3 Vgl. Reinhart Koselleck (2006): *Begriffsgeschichten*. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt a. M.

4 Renatus Gotthelf Löbel / Christian Wilhelm Franke (1796–1808): *Conversations-Lexicon oder kurzgefasstes Handwörterbuch für die in der gesellschaftlichen Unterhaltung aus den Wissenschaften und Künsten vorkommenden Gegenstände mit beständiger Rücksicht auf die Ereignisse der älteren und neueren Zeit*. 6 Bde. Amsterdam.

5 Vgl. Johannes Hübner (1724): *Reales Staats-, Zeitungs- und Conversations-Lexicon*. 6. Aufl. Leipzig. Friederich August Schröder (1799): *Termineologietechnisches Wörterbuch zur Erklärung der in Reden und Schriften häufig vorhandenen fremden Wörter und Redensarten*. 2. Aufl. Erfurt.

rung, aber bisweilen auch Verengung und Verschiebung der Kernbedeutung eben jener Schlüsselbegriffe.

Mit dem Aufstieg des Bürgertums und eines damit verbundenen Verlusts der Deutungshoheit der absolutistischen Kanzleisprache überlagert ein zunehmend ideologisch aufgeladener Sprachgebrauch die Fachsprachen. Das wiederum führt in der sich ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausformenden politischen Öffentlichkeit zu der Forderung nach einer streng rationalen Sprache. Das aufklärerische Ziel ist es, eine ideologisch motivierte Konfusion in der politischen Terminologie zu überwinden. Wie sehr hierbei historische Erfahrungen und prägnante Umbrüche zu Beginn der Moderne Einfluss auf das politische Vokabular haben, demonstrieren beispielhaft das *Staats-Lexikon* (1834–43),⁶ das *Politische Taschenwörterbuch* von 1849,⁷ das *Deutsche Staats-Wörterbuch* (1857–70) und das *Staatslexikon* (1889–97).⁸ Die lexikalische Gestaltung der Inhalte wird zunehmend zugunsten einer durchaus *politisch* zu nennenden inhaltlichen Kommentierung aufgegeben, die ihrerseits über die Bestimmung und Auswahl der Schlagwörter die politischen Debatten dieser Zeit widerspiegelt und auch zu prägen versucht. Während der Bedeutungswandel sprachlicher Symbole in Bezug auf nachweisbare Tatsachen und eindeutige Kontexte in der Alltagssprache als unproblematisch gilt, da die jeweiligen Bezüge kodifiziert und überprüfbar bleiben, ändert sich das mit dem zunehmenden Abstraktionsgrad politischen Handelns vor allem in Bezug auf die damit verbundenen Werthaltungen und die sich hieran anschließenden Einstellungen und Meinungen. Wenn etwa Karl Rohe im Hinblick auf den spezifischen Kode der politischen Kultur eines Landes von Wahrnehmungsmustern und Beurteilungsmaßstäben spricht, die über politische Objektivierungen der individuellen Orientierung dienen, spiegelt sich in den Grundbegriffen der Politik exemplarisch deren sprachlicher Kern wider, der im beständigen Ringen um Deutungsmuster und Grundverständnisse selbst zu einer politischen Angelegenheit wird.⁹

Der Fokus liegt also auf der Kennzeichnung und Präzisierung von Ideen und Werten, Interessen und Zielen, die hierfür aus der komplexen, der unmittelbaren Erfahrungswelt der Bürger entrückten Wirklichkeit herausgeschnitten und zu Symbolen verdichtet werden.¹⁰ Insofern zeigt sich das nun in zunehmenden

6 Karl v. Rotteck / Carl Theodor Welcker (1834–43): Das Staats-Lexikon. Enzyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände. 15 Bde. Hamburg.

7 C. F. L. Hoffmann (1849): Vollständiges politisches Taschenwörterbuch. Leipzig.

8 Vgl. hier Johann Caspar Bluntschli / Karl Brater (1857–70): Deutsches Staats-Wörterbuch. 11 Bde. Stuttgart. Karl Bruder (1889–97): Staatslexikon. (Hrsg. v. d. Görres-Gesellschaft). 5 Bde. Freiburg i. Br.

9 Vgl. Karl Rohe (1994): Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Hrsg. v. O. Niedermeyer u. K. v. Beyme. Berlin, S. 1–21.

10 Vgl. Wolfgang Bergsdorf (1983): Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Pfullingen, S. 25, 27, 28 u. 46.

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

dem Maße auch in Publikationen wie etwa den 1906 erstmals erschienenen *Grundbegriffen der Politik* von Friedrich Stampfer, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung „Orientierung“ geben sollten, wobei die avisierte Orientierung in der 2. Auflage von 1931 dem „Glauben an eine proletarische Diktatur“ eine Absage erteilte und stattdessen einem Bekenntnis zu den „verbündeten Staaten von Europa“ wich.¹¹ Demgegenüber wandte sich Ludwig Bergsträsser mit seinen essayistisch abgefassten *Grundbegriffen der auswärtigen Politik* (1918) an ein eher akademisches Publikum.¹²

Dass politische Begriffe geistig verknüpft werden und in ihrem jeweiligen Deutungszusammenhang als „geistiges Konzept der Orientierung“ fungieren,¹³ zeigt beispielhaft Max H. Boehm, für den der Erste Weltkrieg einen Weltumsturz markiert, der „alle politischen Anschauungen und Grundbegriffe erschüttert“ habe.¹⁴ Von daher erscheint sein *Kleines politisches Wörterbuch* nicht zufällig zu Beginn der Weimarer Republik. Versteht sich das *ABC der Politik* von 1930 im Vergleich dazu als liberaler Gegenpol,¹⁵ so offenbart sich in dem 1940 von Wilhelm Rehm vorgelegten *Kleinen Wörterbuch der Politik* in exemplarischer Zuspitzung die Sprachmacht des Dritten Reiches. Der totalitäre Anspruch der Nazi Herrschaft bemächtigt sich der öffentlichen Sprache, um die nationalsozialistische Ideologie zu verbreiten und um gerade die geschichtlich gewachsenen Grundbegriffe ihrer politischen Widerstandskraft zu berauben.¹⁶ Angesichts der Zäsur des Ersten Weltkrieges wird die Auseinandersetzung um die Grundbegriffe somit zum Seismographen für den Zeitgeist, da hier die politischen Begriffsdeutungen eminent wirklichkeitsmächtig werden, indem sie dem politischen Handeln den Weg weisen. Umso interessanter ist denn auch der sprachliche Neuanfang nach 1945, der bei Friedrich Schramm beinahe schon politikdidaktisch konnotiert ist,¹⁷ während Walter Theimer das „politische Bild der Welt einzufangen“ verspricht.¹⁸

Ging es in der Zeit der politischen Selbsterziehung der noch jungen Bundesrepublik wesentlich um die Befreiung von der Sprache des Nationalsozialismus

11 Friedrich Stampfer (1954): *Grundbegriffe der Politik*. 3. Aufl. Hannover, S. 5 u. 6.

12 Ludwig Bergsträsser (1918): *Grundbegriffe der auswärtigen Politik – eine Anleitung für den Zeitungsleser*. (Sonderdruck in der Reihe *Wegweiser für das werktätige Volk*, Bd. 7). 3. Aufl. Berlin.

13 Ernst W. Orth (1978): *Theoretische Bedingungen und methodische Reichweite der Begriffsgeschichte*. In: *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*. Hrsg. v. R. Koselleck. Stuttgart, S. 141.

14 Max Hildebert Boehm (1919): *Kleines politisches Wörterbuch*. Leipzig, S. 3.

15 W. Kraus / B. Neumann (1930): *ABC der Politik*. Schlagwörterbuch der hauptsächlichsten Begriffe des politischen und parlamentarischen Lebens. Liegnitz.

16 Wilhelm Rehm (1940): *Kleines Politisches Wörterbuch*. München.

17 Friedrich Schramm (1969): *Staatsbürgerlexikon*. 6. Aufl. Bonn. Die Auflagen 1-5 waren noch unter dem Titel *Der Staatsbürger fragt* erschienen.

18 Walter Theimer (1981): *Lexikon der Politik*. Politische Grundbegriffe und Grundgedanken. 9. Aufl. München, S. 5.

mit all ihren in den politischen Begriffen eingelagerten Denkgewohnheiten,¹⁹ so verändern die mit der 1968er-Bewegung assoziierten Umbrüche auch die Landschaft der politischen Grundbegriffe: Die Gesellschaftskritik am Bonner Provisorium, an den tradierten Werten und Normen und am Wirtschaftssystem mündet in eine Deutung der Grundbegriffe ein, die auf der Basis eines theoretischen Pluralismus der „Vermittlung politischen Bewußtseins“ dienen soll.²⁰

Die nahezu zeitgleich erscheinenden Ansätze in Hanno Drechslers *Gesellschaft und Staat* von 1970 und in Wolfgang Jungs *Grundbegriffe der Politik* von 1979 lesen sich wie ein Gegenentwurf, wobei letzterer offensichtlich unter dem Eindruck der 1972 von Otto Brunner begonnenen und 1997 abgeschlossenen *Geschichtlichen Grundbegriffe* steht.²¹ In eine ähnliche Richtung zielen das erstmals 1977 erschienene *Handwörterbuch Internationale Politik*, das *Handwörterbuch zur Politischen Kultur* von 1981 und nicht zuletzt auch das *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* von 1992.²² Während diese Arbeiten zum Teil zahlreiche Neuauflagen und Aktualisierungen erfahren, stehen sie zugleich symptomatisch für die Ausdifferenzierung der Politikwissenschaft als Fachdisziplin, die mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Wiedervereinigung Deutschlands eine zusätzliche Schubkraft entwickelte, wie die signifikante Zunahme der entsprechenden Publikationen seit Ende der 1980er Jahre zeigt. Henning Frank spricht denn auch von einem deutlich erhöhten Erklärungsbedarf, den er in dem „ständigen Wandel, dem gerade politische Begriffe in unserer schnelllebigen Zeit unterworfen sind, und der Wortschöpfungskunst vieler Politiker im In- und Ausland“ begründet sieht.²³ Als neuere Arbeiten, exemplarisch seien

19 Vgl. Dolf Sternberger (1989): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. 2. Aufl. Frankfurt a. M.

20 Axel Görlitz (1972): Handlexikon zur Politikwissenschaft. München, S. 6.

21 Vgl. Hanno Drechsler u.a. (Hrsg. / 2003): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 10. Aufl. München. Wolfgang Jung (1991): Grundbegriffe der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. 5. Aufl., Frankfurt a. M. Als weitere Beispiele seien hier genannt Karl Robe (1978): Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. 2. Aufl. Stuttgart u.a. Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hrsg. / 1972–97): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 9 Bde. Stuttgart.

22 Wichard Woyke (Hrsg. / 2011): Handwörterbuch Internationale Politik. 12., überarb. u. aktualisierte Aufl. Opladen. Martin Greiffenhagen / Sylvia Greiffenhagen / Rainer Prätorius (Hrsg. / 2002): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. 2., völlig überarb. u. aktualisierte Aufl. Wiesbaden. Wichard Woyke / Uwe Andersen (Hrsg. / 2013): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., vollst. aktualisierte Aufl. Wiesbaden.

23 Henning Frank (Hrsg. / 1970): Wörterbuch der Politik. München, S. 7.

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

hier Dieter Nohlen,²⁴ Everhard Holtmann,²⁵ Manfred G. Schmidt,²⁶ Klaus Schubert und Martina Klein,²⁷ Gerlinde Sommer und Raban Graf von Westphalen,²⁸ Carsten Lenz und Nicole Ruchlak²⁹ sowie Siegfried Landshut genannt,³⁰ wenden sich in der Folge an „Schüler, Studenten der Politik-, Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Verbände und an alle anderen Personen- und Berufskreise, die kompakte und qualifizierte Informationen zum Thema benötigen“,³¹ gleichermaßen und damit an ein ebenso breites wie undifferenziertes Publikum. Die Spannbreite zwischen Laienstatus und interessiertem Publikum einerseits und dem fachwissenschaftlichen Vermittlungszirkel andererseits ist das große Problem für die Politikwissenschaft: *Ihre* Grundbegriffe, die dem politischen Denken Orientierung geben mögen, sollten sich an mitdenkende Bürgerinnen und Bürger wenden und daher über die Fachwelt hinaus allgemein verständlich sein. Das ist im Hinblick auf die Dynamik politischer Prozesse in der Gegenwart durchaus schwierig, und insofern ist die Vermittlung von Grundbegriffen der Politik hermeneutisch anspruchsvoll.

Einerseits lebt das politisch interessierte Publikum in Folge der Umbrüche der 1990er Jahre und der Globalisierung im Allgemeinen in einer Periode kognitiver Wahrnehmungsformen, die sich schnell und z.T. massiv verändern können. Andererseits wird gleichzeitig die Welt der Politik nicht wirklich jeden Tag neu erfunden, wie die Nachhaltigkeit der Grundbegriffe, in denen gerade politische Grunderfahrungen auf den Begriff gebracht werden sollen, eindrucksvoll demonstriert. Ebenso jedoch tendiert das politisch interessierte Publikum immer stärker zu den sich im rasanten Maße multiplizierenden und nur noch bedingt akademischen Standards genügenden Inhalten des Internets, wozu auch die sich wandelnden Anforderungen in Schule, Studium und Beruf sowie die damit einhergehenden veränderten Nutzungsgewohnheiten beitragen. Dazu gehört auch, dass Politik nicht immer in ihrer tatsächlichen Bedeutung für das Leben jedes Einzelnen wahrgenommen wird. Manch einer meint gar, dass Politik ihn rein gar nichts angehe, obwohl doch alle Bürger unter den Gesetzen leben, die die mit der Gesetzgebung betrauten Amtsinhaber be-

24 Vgl. Dieter Nohlen (Hrsg. / 1983–85): *Piepers Lexikon der Politik*. 7 Bde. München. Dieter Nohlen (Hrsg. / 2002): *Kleines Lexikon der Politik*. 2. Aufl. München. Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze (Hrsg. / 1995–2000): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. 8 Bde. München. Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze (Hrsg. / 2005): *Lexikon der Politikwissenschaft*. 2 Bde. 3. Aufl. München.

25 Everhard Holtmann (Hrsg. / 2000): *Politiklexikon*. 3. Aufl. München.

26 Manfred G. Schmidt (2004): *Wörterbuch zur Politik*. 3., überarb. u. aktualisierte Aufl. Stuttgart.

27 Klaus Schubert / Martina Klein (2006): *Das Politiklexikon*. 4. Aufl. Bonn.

28 Gerlinde Sommer / Raban Graf v. Westphalen (Hrsg. / 1999): *Staatsbürgerlexikon. Staat, Politik, Recht und Verwaltung in Deutschland und der Europäischen Union*. München.

29 Carsten Lenz / Nicole Ruchlak (2001): *Kleines Politik-Lexikon*. München.

30 Siegfried Landshut (2004): *Politik – Grundbegriffe und Analysen*. 2 Bde. Berlin.

31 Christian Rittershofer (2007): *Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft*. München, S. 5.

geschlossen haben. Daraus ergeben sich zwei systematische Herausforderungen für das Verständnis von politischen Grundbegriffen:

Zum einen wird eine rein lexikalische Reduzierung auf Dauer durch die Online-Medien konterkariert. Gerade das Bachelor-Studium zwingt die Studierenden zur Ökonomisierung ihrer Lernzeiten, sie brauchen schnelle und greifbare Ergebnisse im Sinne von fundierten Lernhilfen, die sich in den Prüfungen – und idealer Weise auch im späteren Berufsleben – adäquat abrufen lassen. Den Trend setzen hier angelsächsische Autoren, deren Einführungsliteratur von deutschen Verlagen mit Blick auf den Markt übersetzt wird. Inwieweit dabei allerdings auch kulturellen Eigenarten und Besonderheiten Rechnung getragen wird, ist eine ganz andere Frage.³²

Zum anderen haben sich seit Beginn der 1990er Jahre aufgrund erheblicher Umwälzungen auf der regionalen, nationalen und internationalen Ebene bei den Grundbegriffen der Politik die Gewichtungen verschoben. Im Ergebnis werden feststehende Termini wie Staat, Volk oder Nation allein schon deshalb hinterfragt, weil sich in einer globalisierten und entgrenzten Welt Policy-Felder ausdifferenzieren und die staatlichen Handlungs- und Kernkompetenzen von neuen politischen Akteuren relativiert werden. Die hier angelegte Zerfaserung des Politikbegriffs und damit auch der Politikwissenschaft als Fachdisziplin spiegelt sich in der Herausforderung wider, dass sich Grundbegriffe immer weniger als lexikalisch auflistbare Definitionen mit zwingend eindeutigem Gehalt erschließen und vermitteln lassen. Vielmehr werden sie allererst verstehbar, wenn sie in ihrem jeweiligen Kontext betrachtet werden und aus diesem heraus in ihren unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen erkennbar und sinnvoll erschlossen werden.³³

III. Vor diesem Befund reagiert das vorliegende Konzept auf die Besonderheiten und Notwendigkeiten, die sich aus den BA/MA-Strukturen für das Fach *Politikwissenschaft* ergeben. Da das Fach auch grundlegende Anteile im Bereich der Sozialwissenschaften und der Kulturwissenschaften hat und damit in die Entwicklung von neuen Querschnittsdisziplinen involviert ist, sollen deren Aspekte bei der Ausarbeitung der Teilkapitel durchaus Berücksichtigung finden, wie auch die Auswahl der Begriffe zeigt, die naturgemäß keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und will. Schließlich kennt die politische Sprache zahlreiche Leitbegriffe, Schlüssel- oder Schlagwörter. „Neue Begriffe sind [im Lauf der Zeit] hinzugetreten, alte haben sich gewandelt oder sind abgestorben.“³⁴ Die den Dimensionen des Politikbegriffes inhärente Viel-

32 Vgl. z.B. Ben Dupré (2010): 50 Political Ideas you really need to know. Oxford. Die deutsche Übersetzung hierzu erschien unter dem Titel *50 Schlüsselideen Politik* (Berlin 2013).

33 Vgl. Dieter Fuchs / Edeltraut Roller (Hrsg. / 2010): *Lexikon Politik – Hundert Grundbegriffe*. Stuttgart 2010, S. 10. Gerhard Göhler (Hrsg. / 2004): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden.

34 *Brunner / Conze / Koselleck* (s. Anm. 21): Bd.1, S. XIII.

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

falt mahnt allerdings zur Reduzierung, um innerhalb der Möglichkeiten und differenten Erscheinungsformen von Politik das jeweils Grundsätzliche nicht aus den Augen zu verlieren. Von den ursprünglich über 100 Grundbegriffen der Politik, die für das vorliegende Konzept von den Verfassern in den Blick genommen wurden, sind nach eingehender Erörterung in der konkreten Auswahl 30 zentrale Begriffe übrig geblieben. Nach Einschätzung der Verfasser lassen sich bei den hier präsentierten Grundbegriffen sehr weitreichende Parameter von Politik, sowohl hinsichtlich der historischen Perspektive wie auch in Bezug auf die aktuelle Dimension, darstellen. Die *Grundbegriffe* sind nicht als lexikalische Erläuterung zu verstehen, sondern folgen dem hermeneutischen Anspruch, die Dinge dieser Welt der Politik in ihrer grundsätzlichen Charakteristik zu erklären. Alle Artikel sind hierfür nach einem Dreierschritt in der Präsentation und Interpretation aufgebaut. Sie liefern:

- a) eine Definition für den Begriff,
- b) eine historische Herleitung (als ideenhistorische Synopse) und
- c) die Funktion und Verwendung in der aktuellen politischen Konstellation.

Darüber hinaus:

- d) ein kurzes Verzeichnis mit weiterführender Literatur.

Die Sprache ist hierbei darauf ausgerichtet, dass sie (bei aller Notwendigkeit von Fachterminologie) gerade für die Einstiegssemester in das Studium der Politikwissenschaft bzw. der Sozialwissenschaften verständlich bleibt. Die Begriffe werden zudem in ihrer Relation zueinander angezeigt und durch den Querverweis auf das jeweilige affine Schlagwort (z.B. *Republik* im Demokratiekapitel) verwiesen. So ergibt sich bei der Lektüre der einzelnen Grundbegriffe ein relationales Gesamtgefüge von begrifflichen Zugängen, Zusammenhängen und Überlappungen, mit dem sich Politik besser verstehen und auch nachvollziehen lässt. Allerdings bleibt hierbei der Grundgedanke zielleitend, dass das Prinzipielle bei einem Begriff anzuzeigen ist, nicht die möglichen Verästelungen und Untergliederungen. Auch wenn unter (b) eine Herleitung im Kontext der Politischen Ideengeschichte skizziert wird, ist die Darstellungsweise weder der Politischen Theorie oder Philosophie, noch dem klassischen Ansatz der Staatslehre verpflichtet. Konzeptionell geht es vor allem um (c), den Gebrauch des Begriffes in seiner aktuellen Bedeutung für die Diagnose politischer Phänomene und Erscheinungsformen. Die Grundbegriffe wirken auch ganz unterschiedlich, d. h. sie haben hermeneutisch eine durchaus differente Funktion für das Verstehen von Politik: Manche Begriffe sind nur kognitiv, d. h. sie beschreiben analytisch Sachverhalte konzeptionell (z.B. *Utopie*), andere Begriffe hingegen sind empirisch in Zeit und Raum aufgetreten und ebenfalls in der Gegenwart aktualisierbar (wie etwa *Revolution*). Andere Begriffe wiederum sind hochgradig ideologisierbar (klassisch hier die *Gerechtigkeit*) oder zielen unmittelbar auf eine bestimmte Herrschaftsform (wie die *Demokratie*). Manche Begriffe intendieren auf das Gute im Leben der Menschen

Einleitung zu den Grundbegriffen der Politik

(wie z.B. *Interesse*), andere haben eine zutiefst zerstörerische Funktion (z.B. *Terror*). Überhaupt fällt bei allen Grundbegriffen auf, dass heftig um sie gestritten wird – und dies nicht erst in der Gegenwart. *Grundbegriffe der Politik* sind insofern heuristisch betrachtet stets strittige Begriffe, ja bisweilen Kampfbegriffe: Sie bündeln Ordnungsvorstellungen und dienen der Einordnung, Zuordnung und Positionierung von Politik.

Als solche sind sie nie eindeutig, sondern sie werden im diskursiven Zusammenhang gerade in ihrer Mehrdeutigkeit in Anspruch genommen und verbleiben in einem Pro und Kontra. Und dies liegt auch in der Sachlogik von Politik, denn Politik kann immer unterschiedliche Wege einschlagen. In der verbindlichen Gestaltung menschlichen Zusammenlebens gibt es nicht nur einen Lösungsweg, einen Ansatz oder auch nur ein Ziel. Dann würde sich Politik auf eine bloße Technik reduzieren. Gerade die Vielfalt möglichen Handelns fordert uns als politische Wesen heraus, zum Bedenken, Bereden und Entscheiden für Alternativen. Dabei können Grundbegriffe als Kompass und orientierende Richtschnur dienen.

Bürger

I. Definition: Bürgerin oder Bürger zu sein, betrifft das Menschsein in seinem Ingesamt. Auch wenn oft von der *Bürgerrolle* gesprochen wird, der soziologische Rollenbegriff, der ausweist, welche wechselnden Rollen Menschen in unterschiedlichen Handlungsgeflechten jeweils einnehmen, reicht nicht an die existenzielle Dimension heran, die mit einer *Bürgerexistenz* verbunden ist. Während Rolleninhaber oftmals ihre Rolle wechseln und mal die eine und mal die andere Rolle einnehmen, umfasst Bürgerin und Bürger zu sein das gesamte menschliche Selbstverständnis. Entweder lebt man als Bürgerin und Bürger unter Mitbürgerinnen und Mitbürgern oder aber man hat keinen Bürgerstatus inne und ist vom Bürgerdasein ausgeschlossen.

Während Menschen mit ihrer physischen Geburt in die Menschenwelt eintreten, hängt ihre Bürgerexistenz von der politischen Ordnung ab, der sie zugehören. Leben Menschen in einem → *Rechtsstaat* und unter einer Verfassung, die ihnen ein Leben als Bürgerin und Bürger gewährleisten, oder aber sind sie einer angemäßen → *Herrschaft* von Willkürhandlungen, Repressalien und → *Terror* ausgesetzt? Auf die politische Ordnung kommt es an. Bürgerin und Bürger kann nur sein, wer unter dem Schutz einer → *Sicherheit* bietenden Bürgerordnung steht, einer Verfassung, die → *Frieden* und Bürgerrechte garantiert. Neben diesen Schutzrechten vor angemäßer Herrschaft sind es die politischen Teilhaberechte, die Bürgerrechte in ihrer wesentlichen Qualität auszeichnen. Insofern schützen Bürgerrechte eine Lebensweise der → *Freiheit* ebenso wie sie einer Lebensweise der Freiheit Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Die konkrete Ausgestaltung der Freiheitsordnung ist in die Hände der Bürgerinnen und Bürgern gelegt, und zwar von ihnen selbst.

Bürgerinnen und Bürger vertrauen sich selbst ihre politische Ordnung an, und insofern regieren sie sich selbst. Sei es, dass sie in einer direkten → *Demokratie* selbst die Entscheidungen treffen oder dass sie in einer repräsentativ verfassten → *Republik* ausgewählten Amtsinhabern die → *Regierung* auf Zeit anvertrauen, Bürgerinnen und Bürger unterstehen keinen Obertanen. Als Freie und in ihrer Freiheit Gleiche unterstehen sie nur ihrer gemeinsamen politischen Ordnung.

II. Geschichte des Begriffs: Im dritten Buch seiner *Politik* erörtert Aristoteles die wechselseitige Verwiesenheit von Bürgerstatus und politischer Ordnung sinngemäß: Bürger ist derjenige, der am Regieren und Regiert-werden in einer Polis teilhat. Somit sind es nicht der geographische Ort und nicht die lokale Gemeinsamkeit, die den Polisbewohner zum Bürger erheben. Vielmehr sind es die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten und die Zugehörigkeit zu den politischen Institutionen, die aus bloßen Stadtbewohnern Bürger machen. Das heißt, mit der institutionellen Erfindung der griechischen Polis geht